

Volks-Zeitung

Erscheint täglich zweimal, Sonntags nur morgens. Abonnementspreis...

mit täglichem Unterhaltungs-Blatt Illustrierter Familien-Zeitung und illustriertem Witzblatt ULK

Vertrieb: Moritzpl., Köpenicker Str., Wiener Str., Prater Str., Frankfurter Allee...

Die Neuregelung der Kommandogewalt.

Die künftige Stellung der Soldatenräte.

Unter Zustimmung der Reichsregierung und des Zentralrates der Arbeiter- und Soldatenräte hat das Kriegsministerium...

Nach in Angelegenheiten zu mischen, die anderen militärischen Dienststellen oder der Zivilverwaltung obliegen. Die Stellenbesetzung ist Sache des Kriegsministeriums.

Demokratie oder Sozialdemokratie?

Unter dieser Ueberschrift hat Dr. Walter Pinner eine Broschüre herausgegeben, die gerade in diesen Wahlen dem Wähler ein trefflicher Wegweiser sein kann.

Eine vielfach uneinige Mehrheit ist überall geworden Reichstag, zusammengedrängt aus Parteien, die ihre Stärke...

Pinner betrachtet das sozialistische Programm, weist auf seine guten Seiten hin, zeigt aber auch, wo seine Grenzen liegen.

Bisher 319 Abgeordnete.

Davon 58 Sozialdemokraten.

Nach den vorläufigen nichtamtlichen Meldungen können bis heute nachmittag um 5 Uhr als gewählt gelten 319 Abgeordnete zur Nationalversammlung...

Table with 2 columns: Party name and number of members. Includes Deutsche Volkspartei, Christliche Volkspartei, etc.

Ferner haben noch erhalten die Bauern und Landarbeiterdemokraten in Schleswig-Holstein einen Sitz, der bayerische Bauernbund zwei Sitze in Oberbayern...

Potsdam 8-9.

Das vorläufige Ergebnis.

- Gewählt sind vorläufiglich: 5 Mehrheitssozialisten, 1 Unabhängiger, 2 Deutsche Demokraten, 1 Deutschnationaler, 1 Mitglied der Deutschen Volkspartei.

Weitere Ergebnisse aus dem Reiche.

6. Wahlkreis. Frankfurt a. O. (3 Sitze): Mehrheitssozialisten 321 115, 4 Abgeordnete, darunter Weiss, Schumann, Siebel; Deutsche demokratische Partei 136 223, 2 Abgeordnete...

7. Wahlkreis. Pommern. (Vorläufige amtliche Feststellung): Mehrheitssozialisten 827 849 (3 Sitze), Deutschnationale Volkspartei 187 697 (3 Sitze), Demokraten 173 363 (2 Sitze), Deutsche Volkspartei 88 932 (1 Sitz)...

8. Wahlkreis. Posen: Es erhielten die Deutsche demokratische Partei 41 533 (4 Sitze), die Deutsche Volkspartei 20 674 (2 Sitze), die deutschnationale Volkspartei 86 023 (3 Sitze), die christliche Volkspartei 18 346 (1 Sitz)...

10. Wahlkreis. Obp. (Wahlkreis): Christliche Volkspartei (Miska) 821 800, 8 Sitze, Miska, Gerich, Ehrhardt, Bitta, Jambasik, Szegonied, Szegoda, Kubzko, Sozialdemokraten (Höring) 216 797, 5 Sitze, Höring, Hanke, Köppler, Bias, Beder, Deutschnationale (Hartmann) 47 544, 1 Sitz, Hartmann, Demokraten (Wohlmann) 45 632, 1 Sitz, Wohlmann, Unabhängige (Wittenstein) 32 617, Wahlkommisnar Kley.

11. Wahlkreis (Schleswig-Holstein) und Herzogtum Lauenburg: Das amtliche Wahlergebnis aus dem 11. Wahlkreis (Schleswig-Holstein und Herzogtum Lauenburg) stellt sich wie folgt: Fraktionelle Sozialdemokraten 365 561, Unabhängige 26 659, Demokra-

ten 219 536, Deutsche Volkspartei 62 519, Bauern- und Landarbeiterdemokratie 57 482, Deutschnationale 60 805, Christliche Volkspartei 8033.

Wahlkreis Oldenburg. Nach den vorläufigen Ergebnissen sind im 14. Wahlkreis Oldenburg-Lüneburg-Nürting gewählt: 2 Mehrheitssozialisten (Weppert, Dügg), 2 Deutsche demokratische Partei (Zangen-Serling, Wachholtz de Wente), 1 Deutsche Volkspartei (Strohmeyer).

Wahlkreis 20 Köln-Rhein. (Endgültiges Wahlergebnis): Zentrum 611 435, Mehrheitssozialisten 253 663, Deutsche Demokraten 77 839, Deutsche Volkspartei 35 955, Deutschnationale Volkspartei 32 180, Unabhängige 5856, - Gewählt sind: 3 Zentrumspartei, 3 Mehrheitssozialisten, 1 Demokrat und 1 Deutsche Volkspartei.

Die Nationalversammlung in Weimar.

Zu der Verlegung des Sitzes der Nationalversammlung nach Weimar wird aus Regierungskreisen geäußert: Bei der Festlegung des Ortes der Nationalversammlung ist die Regierung vor allem den Wünschen der süddeutschen Staaten auf eine mehr zentrale Lage des Ortes der Nationalversammlung, als sie Berlin bietet, entgegengekommen.

Es muß freilich dazu bemerkt werden, daß die Regierung nicht daran denkt, nun auch ihren Sitz nach Weimar zu verlegen. Der Sitz der Reichsregierung bleibt Berlin. Außerdem steht die Regierung auf dem Standpunkt, daß die Hauptarbeit der Nationalversammlung, die doch in der Festlegung der neuen deutschen Verfassung besteht, sich weniger in Plenar- als in Kommissionen erledigen wird.

Die Nationalversammlung wird in dem Neuen Theater in Weimar tagen. Es werden sofort alle nötigen Ausbauten des Theaters vorgenommen, um das Theater für die Tagung der Nationalversammlung herzurichten. Die Abgeordneten sollen in den Parkettflächen des Theaters ihre Plätze finden; der erste Rang und der andere Teil des Theaters wird zum Teil für die Presse bereitgestellt. Zwischen Berlin und Weimar wird ein besonderer Zugverkehr eingerichtet werden. Außerdem hat die Reichsregierung sofort Vorkehrungen getroffen, um den Telegraphen- und Telephonverkehr zwischen Berlin und Weimar möglichst auszubauen.

Siezu müssen wir noch bemerken, daß die Nachricht von der Verlegung der Nationalversammlung in den Parteien und der Presse nicht ungetrübt aufgenommen wird. Zum Teil werden die von uns schon am Montag dargelegten Gründe bemüht, um der Reichsleitung den schweren Schaden vor Augen zu stellen, der unserm Lande und auch Berlin durch diese nicht gerade nach Stärke und Festigkeit aussehende Maßnahme erwachsen muß.

Beteiligung der Arbeitnehmer an der Regelung aller Arbeitnehmerfragen ist gut, aber nichts anderes darf in diesem vernehmlichen Begriff stehen, nicht etwa „Vergesellschaftung“ in der Form, daß der einzelne Betrieb in den Welt seiner zufälligen Arbeiterkraft übergehen soll, die sich morgen vermehren oder vermindern kann.

Besonders eingehend äußert sich Pinner über die Frage des Erbrechts. Er geht von der Grundforderung aus: Das Erbrecht ist zu beschränken, fagt aber hinzu: Vorderblich wäre, es zu lösen. Denn: Das Erbrecht ist es, das den Mann treibt mehr zu arbeiten, zu sparen, als der Tag und die Sorge für ein kurzes Alter erfordern.

Dennoch verlangt Pinner die Erbschaftsteuer. Er führt aus: Was die Erbschaftsteuer dem Bestehenden nimmt, gibt sie für die Gesamtheit dem Staate. Der vermehrte ist im Dienste des Volkes. Was der einzelne aus der Masse sich selbst nicht beschaffen kann, an Sicherheit des Lebens, in Krankheit, Arbeitslosigkeit und Alter und an Erziehung der Kinder, sei Aufgabe des Staates.

Aber mit der Erbschaftsteuer kann sich eine demokratische Steuerpolitik nicht begnügen. Eine richtige Einkommensteuer bei den großen Einkommen muß hinzukommen. Neben den Staat, durch Erbschafts- und Einkommensteuer, muß die gerechtere Teilung der Güter vorbereitet werden.